

Das Wochenmagazin der SPÖ

spoe.at



Aktuelle

Gastkommentar von
Johanna Dohnal

18. September 2009 - Nr. 30 - 0,73 Euro

A close-up portrait of Wolfgang Faymann, a middle-aged man with grey hair, wearing a dark suit, white shirt, and patterned tie. He is looking slightly to the side with a faint smile.

Erfolgreiche Klausur der Regierung Faymann:

- Kindergeld neu
- Nachhaltige Sanierung der Krankenkassen
- Verwaltungsreform auf Schiene

Die SPÖ krempelt gleich zu Beginn der politischen Herbstarbeit die Ärmel hoch. Anfang September wurden unter dem Motto „Damit Österreich vorne bleibt!“ bei der Präsidiums-klausur in Linz die Schwerpunkte der SPÖ-Politik erarbeitet: Der Kampf für Beschäftigung, für mehr soziale Gerechtigkeit und das Engagement gegen Finanz-Spekulationen wird weiter mit aller Entschlossenheit im Zentrum unserer Politik stehen. Bei der Regierungsklausur in Salzburg wurden gleich mehrere Meilensteine sozialdemokratischer Politik gelegt. Die Einigung zur Kassensanierung, das einkommensabhängige Kindergeld sowie die Verwaltungsmodernisierung sind nur drei der zentralen Projekte, die nun konsequent umgesetzt werden. Politisch spannend wird der Herbst in jedem Fall. Am 20. September finden die Landtagswahlen in Vorarlberg statt und am 27. September wird in Oberösterreich gewählt. Unser erstes Heft nach der Sommerpause widmet sich natürlich auch diesem Thema. Den Genossinnen und Genossen in Vorarlberg und Oberösterreich wünschen wir auf diesem Wege viel Erfolg.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Regierungsklausur in Salzburg.....	4
Einigung beim Kindergeld	6
Interview mit Gesundheitsminister Alois Stöger.....	7
100 Jahr SPÖ-Frauenorganisation ...	10
Landtagswahlen in Vorarlberg.....	12
Gastkommentar von Johanna Dohnal.....	14

Schweinegrippe - Info-Kampagne des Gesundheitsministeriums

Das Gesundheitsministerium startet im Kampf gegen die Schweinegrippe eine Info-Offensive. Es wurden 50.000 Poster und 250.000 Merkblätter montiert und verteilt. Das Motto lautet „Ich hab's. Sie haben's auch – in der Hand sich zu schützen“ und soll der Bevölkerung die Krankheitsanzeichen sowie Präventionsmaßnahmen näher bringen. Die Tipps klingen simpel, werden aber von allen Fachleuten einhellig empfohlen und sind weniger selbstverständlich als angenommen. ♦



THEMEN DER WOCHE



Autor

250.000 Kalender für Österreichs SchülerInnen

Alle Jahre wieder: SchülerInnenkalender-Aktion!

Seit Schulanfang verteilt die Sozialistische Jugend wie jedes Jahr 250.000 SchülerInnenkalender in ganz Österreich. Die Kalender beinhalten neben Kalendarium und hilfreichen Schulrechtstipps auch Infos zur SJÖ-Initiative für einen neuen Sexkoffer. Wer keinen Kalender ergattert hat, kann unter www.sjoe.at noch Restexemplare bestellen! ♦

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
Sitzenbleiben abschaffen – Eine Idee für die Zukunft oder Geschenk an Faule?

Bildungsministerin Claudia Schmied hat sich dafür ausgesprochen, das teure und pädagogisch wirkungslose Sitzenbleiben abzuschaffen. ÖVP und LehrerInnengewerkschaft haben bereits ihr „Nein“ deponiert.

Diskutieren Sie auf:
www.mitreden.spoe.at mit, ob Sitzenbleiben im 21. Jahrhundert noch zeitgemäß ist, oder nicht!

Eurobarometer



Ist die EU-Mitgliedschaft Österreichs eine gute Sache?

ist eine gute Sache **41%**

unentschieden **38%**

19% ist eine schlechte Sache

Verschafft die EU-Mitgliedschaft Österreich dem Land Vorteile?

verschafft Vorteile **47%**

verschafft keine Vorteile **43%**

10% unentschieden

Quelle: Europabüro der Kommission | Grafik: SPÖ

ÖsterreicherInnen wissen EU zu schätzen, bleiben aber kritisch

Die Linie der SPÖ gegenüber der EU ist, schenkt man den Ergebnissen der Eurobarometer-Umfrage glauben, goldrichtig. Die meisten ÖsterreicherInnen sind davon überzeugt, dass die EU Mitgliedschaft dem Land Vorteile bringt. Aber es gibt immer noch kritische Stimmen. Das zeigt, dass sich die EU noch mehr bemühen muss, um die EuropäerInnen für sich zu gewinnen. ♦

Zitat der Woche

„Ganz unemotional betrachtet muss man sagen: Sie wird leider nie aufhören, weil die Bestimmung über den Körper der Frau immer eine Machtfrage ist.“

Ex-Frauenministerin Johanna Dohnal zur Debatte über die Fristenregelung.

Podiumsdiskussion: Eliten und Gesellschaft im Wandel



Das Kulturzentrum Siebenstern lädt ein.

Die Jungen im BSA diskutierten im Rahmen des offenen Forums am 10. 9. im Kulturzentrum Siebenstern mit den Gästen Barbara Coudenhove-Kalergi, Erika Pluhar, Dr. Heide Schmidt, Robert Misik, Wolfgang Rosam und Dr. Harald Katzmair. Themen waren u.a. der „elitäre Anspruch“, der gesellschaftliche Wandel und – angesichts des sinkenden Vertrauens in politische Eliten – die Ansprüche an diese „ausgewählten“ Minderheiten. ♦



STANDPUNKT

Demokratische Institutionen am Prüfstand

Es wird ein heißer Herbst werden. Denn die demokratischen Institutionen stehen auf dem Prüfstand. Es geht darum, wie wird, vor allem aber wie soll Österreich in 10, in 15 oder in 20 Jahren aussehen?

„Wenn das Vertrauen in die Politik weiter sinkt oder gar verloren geht, droht ein demokratiepolitischer Supergau.“

Es ist nun gerade mal ein Jahr her, dass die Finanzkrise mit voller Wucht eingesetzt hat. Die Folgen sind bekannt: Reihenweise kippten Firmen und Konzerne in den Konkurs. Die Wirtschaft wurde weltweit in eine Abwärtsbewegung gestürzt, die bis heute anhält. Weltweit haben hunderttausende Menschen dadurch ihren Job verloren, tausende Familien stehen vor einer unsicheren Zukunft, Jugendliche zittern um einen Ausbildungsplatz. Vor allem hat aber auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik gelitten – und zwar zu Recht. Die Politik hat dabei zugeesehen, wie sie selbst entmachtet wurde. Sie hat sich vom Wahlvolk entfremdet und an ihrer Stelle sind ExpertInnen, BeraterInnen, LobbyistInnen getreten. Die Politik – ja die Parteien – haben selbst jenen in die Hände gespielt, die die Entpolitisierung gepriesen haben. Und wer hat davon profitiert? Jene, die die Politik nicht brauchen, denen sie nur im Weg steht bei Egoismus und der Verfolgung persönlicher Interessen.

Wenn das Vertrauen in die Politik weiter sinkt oder gar verloren geht, droht ein demokratiepolitischer Supergau. Politik darf sich nicht nur selbst reproduzieren, darf nicht nur eine kleine Elite ausmachen. Politik, vor allem aber auch die Parteien, müssen sich öffnen. Colin Crouch schreibt in seinem Werk „Postdemokratie“: „Die Parteien abzuschreiben und ganz auf unabhängige Organisationen zu setzen, würde



Heute haben wir die Chance, einen politischen Umbruch zustande zu bringen – weg von der Entpolitisierung und der damit einhergehenden demokratiepolitischen Gefahr, hin zu einer Politisierung mit neuen demokratischen Beteiligungsformen.

darauf hinauslaufen, sich an der postdemokratischen Verschwörung zu beteiligen. Wer sich dagegen an das alte Modell der monolithischen Partei klammert, der droht in der nostalgischen Sehnsucht nach einer Vergangenheit unterzugehen, die unwiederbringlich verloren ist.“ Ich denke, er hat recht.

Um die Zukunftsfragen – wie z.B. die Herausforderung, ALLEN die beste Bildung zugänglich zu machen, die Frage nach der Sicherung des Sozialsystems oder jene nach den Arbeitsplätzen von morgen oder auch jene nach einer sicheren Gesellschaft – beantworten zu können, müssen wir über den parteipolitischen Tellerrand hinaussehen. Wir müssen Dinge tun, weil sie gut und richtig für Österreich sind, nicht nur für die Partei. Heute haben wir eine galoppierende Aufspaltung der Gesellschaft. Jeder

will nur einige wenige Punkte für sich, der Rest geht ihn nichts an... Wir müssen große gesellschaftliche Allianzen für die großen Brocken eingehen und wir müssen die WählerInnen einbinden.

Politik darf nicht abdanken, sondern muss Verantwortung übernehmen. Heute haben wir die Chance, einen politischen Umbruch zustande zu bringen – weg von der Entpolitisierung und der damit einhergehenden demokratiepolitischen Gefahr, hin zu einer Politisierung mit neuen demokratischen Beteiligungsformen. Dafür muss sich die Politik aber so darstellen, dass man sich an ihr überhaupt beteiligen möchte bzw. dafür müssen wir auch zeigen, dass die Politik etwas bewirken kann, handlungsfähig ist, bei der Lebensrealität der Menschen ansetzt... und dazu müssen wir uns noch ordentlich anstrengen. ♦

ARBEITSTREFFEN

Viel erreicht!

Salzburg hat sich als guter Boden für die Regierungsklausur erwiesen: In konstruktivem Klima hat die SPÖ-geführte Regierung viel für Österreich erreicht.



BKA/Hopimedia

Gute Lösungen für Österreich waren das Ergebnis der Regierungsklausur mit Bundeskanzler Werner Faymann an der Spitze.

Arbeiten für Österreich“ – unter diesem Motto haben sich SPÖ und ÖVP in Salzburg zu einer zweitägigen Arbeitsklausur getroffen – und dabei wichtige Einigungen für Österreich und seine Menschen erzielt. Salzburg hat sich als „guter Boden“ für die Regierungsklausur erwiesen, wie Bundeskanzler Werner Faymann betonte. Denn in konstruktivem Klima und in intensiven Diskussionen konnten von der SPÖ-geführten Regierung wahre Meilensteine auf den Weg gebracht werden: Ob in der Frage der Gesundheitsfinanzierung, dem Kindergeld, der Verwaltungsreform oder dem Fremdenrecht und

dem Ökostromgesetz – in all diesen wesentlichen Fragen hat die Regierung Faymann wichtige Lösungen erarbeitet.

Gesunde Kassen

Schon der erste Tag der Regierungsklausur begann mit einem wahren Paukenschlag: Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Pröll präsentierten gemeinsam die Einigung bei der Krankenkassen-Sanierung, die für eine nachhaltige Absicherung unseres hervorragenden Gesundheitssystems sorgt. Auch mit der ebenfalls am ersten Tag der Klausur

präsentierten Einigung beim Asyl- und Fremdenrecht hat die SPÖ-geführte Regierung einen weiteren Teil des gemeinsamen Regierungsprogramms umgesetzt. Hier stand ganz klar der Leitsatz „Asylverfahren müssen schneller werden“ im Vordergrund.

Beste Zusammenarbeit

„Dass die Bundesregierung in unserem schönen Bundesland zu Gast ist, freut uns ganz besonders“ – mit diesen Worten begrüßte Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller die Regierungsspitze zu einem



BKA/Hopimedia

Die zweitägige Arbeitsklausur in Salzburg brachte wichtige Einigungen für die Menschen mit sich. Neben den Arbeitssitzungen standen auch Pressekonferenzen, ein Treffen mit der Salzburger Landesregierung sowie eine Ministerratssitzung auf dem dichtgedrängten Klausurprogramm.



Die von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek präsentierte Einigung beim Kindergeld ist ein familienpolitischer Meilenstein.



APA/Gindl



BKA/Hopimedia



APA/Gindl

gemeinsamen Arbeitssessen. Burgstaller zeigte sich erfreut darüber, dass bereits der erste Tag der Regierungsklausur ein „sehr produktiver“ war. Und auch Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden betonte, dass „schon am ersten Tag viel positiv weitergebracht wurde“. Viel weitergebracht wurde auch am zweiten Tag der Regierungsklausur, an dem von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Familienstaatssekretärin Marek die Einigung beim Kindergeld und bei der Beihilfe für Einkommensschwache (die nun nicht mehr zurückzahlen ist!) präsentiert wurde. Auf den Weg gebracht wurde damit ein wahrer familien-

politischer Meilenstein, für den sich die SPÖ seit über zehn Jahren eingesetzt hat. Und auch zur Verwaltungsreform wurde von Finanzstaatssekretär Andreas Schieder und Staatssekretär Lopatka Erfreuliches berichtet: Denn die Regierung geht beim Sparen unter dem Titel „Mehr Effizienz und optimales Service“ hier mit gutem Beispiel voran – und das bei insgesamt 32 Projekten.

Erfolgreiche Arbeitsklausur

In der abschließenden gemeinsamen Pressekonferenz mit Vizekanzler Pröll,

Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Landeshauptmann-Stellvertreter Haslauer zog Bundeskanzler Werner Faymann eine positive Bilanz über die zweitägige Regierungsklausur: „Das war eine sehr erfolgreiche Arbeitsklausur. Wir haben nicht viel versprochen, dafür aber viel gehalten“. Bundeskanzler Werner Faymann bedankte sich abschließend für die konstruktive Zusammenarbeit und bekräftigte: „Die Regierung hat gezeigt, dass sie nach intensiven Gesprächen gute Lösungen zustande bringt.“ Lösungen, die dem Motto „Arbeiten für Österreich“ mehr als gerecht werden. ♦

KINDERBETREUUNGSGELD NEU

Ein Meilenstein in der Frauenpolitik

Eine endgültige Einigung zum einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld und zur Beihilfe für Einkommensschwache wurde auf der Regierungsklausur in Salzburg beschlossen. Damit wird das Kinderbetreuungsgeld neu wie geplant am 1. Jänner 2010 starten.

APA/Neumayer



Dank des unermüdlichen Einsatzes von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek konnte eine Einigung beim Kindergeld erzielt werden.

HINTERGRUND

Die Details zur Beihilfe zum Kindergeld (vormals Zuschuss)

- » Die Beihilfe zum Kinderbetreuungsgeld kann von einkommensschwachen Familien und Alleinerziehenden beantragt werden.
- » Die Beihilfe beträgt monatlich 180 Euro.
- » Die Beihilfe wird als Überbrückungshilfe für ein Jahr gewährt.
- » Alleinerziehende dürfen bis zur Geringfügigkeitsgrenze (357,74 Euro monatlich) dazuverdienen.
- » Bei einkommensschwachen Familien darf der Elternteil, der Kindergeld bezieht, bis zur Geringfügigkeitsgrenze dazuverdienen, für den zweiten Elternteil gilt eine jährliche Einkommensgrenze von 16.200 Euro jährlich (1.035 Euro monatlich).
- » Wenn die Beihilfe gewährt wird, muss sie nicht mehr zurückgezahlt werden. Es sei denn, die Einkommenssituation ändert sich während die Beihilfe bezogen wird, wie das auch bei allen anderen Sozialleistungen der Fall ist.

„Mit dem einkommensabhängigen Kindergeld wenden wir uns auch ganz besonders an die Väter. Wir wünschen uns, dass dadurch jeder fünfte Vater künftig in Karenz geht.“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Zusätzlich zum Kindergeld neu in vier Varianten wird es auch noch eine einkommensabhängige Variante geben. Das ist ein Meilenstein in der Frauenpolitik, für den sich die SPÖ seit 1998 eingesetzt hat.

Längere Bezugsdauer für Alleinerziehende

AlleinerzieherInnen, die ein Einkommen von unter 1.200 Euro haben und einen Antrag auf Unterhalt bei Gericht gestellt haben, können das Kinderbetreuungsgeld zwei Monate länger beziehen – egal, welche Variante sie gewählt haben. Zum Einkommen von 1.200 Euro zählen: Erwerbseinkommen, Pensionen, Arbeitslosengeld und einkommensähnliche Bundes- und Landesbeihilfen und Zuschüsse wie etwa die Sozialhilfe. Auch jene Elternteile, bei denen der Partner verstorben, in Haft oder schwer erkrankt ist sowie jene Elternteile, die eine Wegweisung gegen den Partner beantragt haben oder die in einem Frau-

enhaus aufhältig sind, haben die Möglichkeit, das Kindergeld zwei Monate länger zu bekommen.

Erhöhung der Mehrkindzuschläge

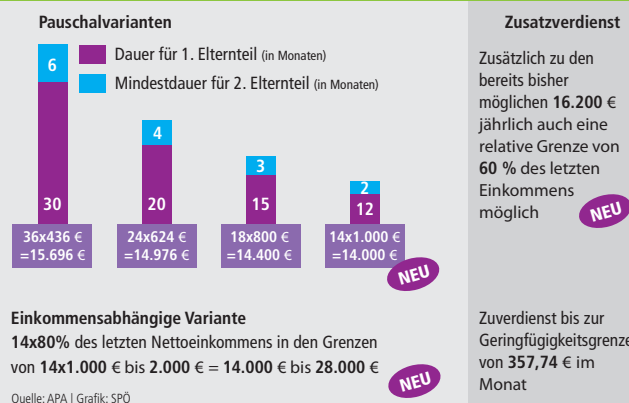
Derzeit erhalten die BezieherInnen des Kinderbetreuungsgeldes bei Zwillings- oder Mehrlingsgeburten für das erste Kind das Kinderbetreuungsgeld und für die weiteren Kinder 7,26 Euro pro Tag, unabhängig davon, welche Variante sie gewählt haben. Ab 1.1.2010 wird der Mehrkindzuschlag auf 50 Prozent je Mehrlingskind angehoben.

Beihilfe zum Kindergeld

Bis zuletzt hat die SPÖ noch dafür gekämpft, dass der bestehende Zuschuss für die einkommensschwachen Familien nicht gestrichen wird. Die intensiven Verhandlungen haben sich ausgezahlt. Einkommensschwache Familien und Alleinerziehende können auch in Zukunft eine Beihilfe zum Kinderbetreuungsgeld beziehen. Um die Beihilfe zu beziehen, wird strenger kontrolliert. Aber sie muss im Nachhinein nicht mehr zurückgezahlt werden. ♦

Kindergeld - Die Neuregelung

Zusätzlich Varianten und flexible Zuverdienstgrenze ab 2010



INTERVIEW

„Die Einigung ist ein voller Erfolg im Interesse der Versicherten.“

Die SPÖ-geführte Regierung hat sich bei der Arbeitsklausur in Salzburg auf das Kassensanierungspaket geeinigt. Gesundheitsminister Alois Stöger spricht im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über die Maßnahmen, die dafür sorgen, dass Österreichs hervorragendes Gesundheitssystem auch weiterhin finanzierbar bleibt.

SPÖ Aktuell: Die Regierung hat sich bei der Klausur auf das Kassensanierungspaket geeinigt. Ein Erfolg für die SPÖ?

Alois Stöger: Die Einigung ist ein voller Erfolg im Interesse der Versicherten. Darum geht es mir als sozialdemokratischer Gesundheitsminister und dafür habe ich mich in den Verhandlungen auch stark gemacht. Mit dem Startschuss zur nachhaltigen Absicherung des Gesundheitssystems ist gewährleistet, dass die Sanierung der Kassen nicht auf dem Rücken der PatientInnen ausgetragen wird. Es wird zu keinen zusätzlichen Belastungen der Bevölkerung kommen, zu keinen neuen Steuern, keinen Beitragerhöhungen und keinen neuen Selbstbehalten. Sehr wohl werden die Menschen aber darauf vertrauen können, dass ihnen auch in Zukunft die hochqualitativen Leistungen des österreichischen Gesundheitssystems in dem Maße zukommen, in dem sie sie brauchen. Eine Einschränkung der Gesundheitsleistungen wird es nicht geben.

Was sind die konkreten Maßnahmen?

Alois Stöger: Im beschlossenen Kassenstrukturfonds wird es neues Geld für das Gesundheitssystem geben. Von den 100 Millionen, die für das Jahr 2010 veranschlagt wurden, profitieren alle neun Gebietskrankenkassen, weil das Geld gemäß der Anzahl der Versicherten ausgeschüttet wird. Das heißt: jede/r Versicherte ist gleich viel wert. Darüber hinaus wurde, in Verknüpfung mit dem Sanierungskonzept, die Teilentschuldung in die Wege geleitet. In den Jahren 2010, 2011 und 2012 werden den Kassen jeweils 150 Millionen Euro Schulden bei der Bundesfinanzierungsagentur erlassen. Dies hat positive Auswirkungen auf die Bilanzen der verschuldeten Gebietskrankenkassen und reduziert deren Zinsendienste.

Was leisten im Gegenzug dazu die Kassen?

Alois Stöger: Es war sehr wichtig, dass die Blockade der letzten Monate aufgelöst werden konnte, denn nun können die Kassen in der Umsetzung des Sanierungskonzeptes voll durchstarten. Der Hauptverband hat ein ausgabenseitiges



Gesundheitsminister Alois Stöger:
„Eine Einschränkung der Gesundheitsleistungen wird es nicht geben.“

Sanierungskonzept vorgelegt. Dieses wird nun Schritt für Schritt und Punkt für Punkt umgesetzt. Die einzelnen Maßnahmen zielen auf Kostendämpfung bei den Heilmitteln und bei der Verwaltung ab. Außerdem werden die Verträge mit den ÄrztInnen neu und besser gestaltet. Ich bin optimistisch, dass die Vorhaben ihre Wirkung zeigen und ein Mehr an Qualität im Sinne der Patientinnen und Patienten schaffen. ♦

ASYLRECHT

Asyl- und Fremdenrechtsnovelle

Effizienz der Praxis wird verbessert, kein Eingriff in bestehendes Recht



Norbert Darabos:
Menschenrechte und Verfassungskonformität sind gewahrt.

Mit der Asyl- und Fremdenrechtsnovelle arbeitet die Regierung einen Teil des Regierungsprogramms ab und orientiert sich dabei am Leitsatz, dass Asylverfahren schnell sein müssen. Die Novelle ist kein Eingriff in die bisherige Gesetzgebung, sondern verbessert die Effizienz der Praxis. Es geht darum, jenen Asyl zu geben, die es wirklich brauchen und den bürokratischen Dschungel zu entflechten. Die Kernpunkte der Änderung sind die sogenannten Folgeanträge, die Erweiterung der Schubhaftatbestände, die Feststellung des Alters sowie der Umgang mit straffälligen AsylwerberInnen. „Wir haben penibel darauf geachtet, dass die Menschenrechte gewahrt sind und dass die Verfassungskonformität gewahrt ist“, zeigt sich SPÖ-Verhandler Verteidigungsminister Norbert Darabos zufrieden. ♦

derung sind die sogenannten Folgeanträge, die Erweiterung der Schubhaftatbestände, die Feststellung des Alters sowie der Umgang mit straffälligen AsylwerberInnen. „Wir haben penibel darauf geachtet, dass die Menschenrechte gewahrt sind und dass die Verfassungskonformität gewahrt ist“, zeigt sich SPÖ-Verhandler Verteidigungsminister Norbert Darabos zufrieden. ♦

VERWALTUNG

Bessere Leistung für weniger Geld

Die Verwaltung wird jetzt modernisiert, die Kosten gesenkt und ein optimales Service für die Bürger geschaffen.



Andreas Schieder erwartet auch ein Umdenken in den Bundesländern.

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder präsentierte bei der Regierungsklausur 32 Punkte für eine effizientere und modernere Verwaltung vor allem in den Bereichen E-Government, IT-Dienstleistungen oder One-Stop-Shops. One-Stop-Shop-Verfahren sollen ab 2011 in den Lebensbereichen Geburt, Eheschließung und Gewerbeanmeldung schlagend werden.

Die geplanten Maßnahmen haben auch politische Relevanz. „Nur, wenn wir es im eigenen Bereich schaffen, die Weichen für Modernität und Reform zu stellen, dann schaffen wir es auch, die Widerstände in anderen Bereichen zu regeln.“ Schieder erwartet auch in den Bundesländern ein Umdenken betreffend Verschulung und Optimierung der Verwaltung. ♦

ARBEITSTREFFEN

SPÖ-Präsidiumsklausur in Linz

Beschäftigung, mehr soziale Gerechtigkeit und die Bekämpfung von Finanzspekulationen – das waren die Arbeitsschwerpunkte bei der zweitägigen Präsidiumsklausur.



Fotos: Lehmann

Auf der Seite der ArbeitnehmerInnen: Das SPÖ-Präsidium in Linz.

Ein starker Start in den politischen Herbst: Unter dem Motto „Damit Österreich vorne bleibt! Sozial. Zuverlässig. SPÖ“ traf sich das SPÖ-Präsidium in Linz, der Kulturhauptstadt Europas 2009, zur Arbeitsklausur. Auf dem Arbeitsprogramm standen zentrale Themen: Der Kampf um jeden Arbeitsplatz, die Frage nach sozialem Frieden und das nationale und internationale Engagement gegen Finanz-Spekulationen. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem oberösterreichischen SPÖ-Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen, Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider, machte Bundeskanzler Werner Faymann klar: „Auf der Seite der ArbeitnehmerInnen zu stehen und gegen Arbeitslosigkeit zu kämpfen, das wird immer ein Herzstück der Sozialdemokratie sein und bleiben.“ Einig ist sich die SPÖ auch „im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für Menschlichkeit, gegen Hetzer, die Menschen nur gegeneinander ausspielen, wie die FPÖ“, so Faymann. Die SPÖ wird das von der FPÖ betriebene Aufhetzen auch in Zukunft „keinesfalls als Kavaliersdelikt betrachten, da haben wir bundesweit eine klare und entschlossene Handschrift“, bekräftigte der Bundeskanzler in der Pressekonferenz.

Jeder Arbeitsplatz zählt: Den Menschen Perspektiven geben

Genauso klar ist auch, dass die SPÖ den Kampf um jeden einzelnen Arbeitsplatz mit ganzer Kraft führen wird. SPÖ-OÖ-Chef Erich Haider unterstrich dazu, dass Beschäftigung das Schwerpunktthema im Positivwahlkampf der SPÖ-Oberösterreich ist. Haider machte hier deutlich, dass die SPÖ-OÖ den Menschen Perspektiven und Zuversicht geben will. Mit den Landeshaftungen für Leitbetriebe, für die es freilich Auflagen (z.B. keine Kündigungen) gibt, hat die SPÖ neue Wege beschritten, so Haider, der bekräftigte, dass die „SPÖ-Oberösterreich die Stimme der Menschen ist“ und ihre Politik auf den Anliegen der Menschen aufbaut. Ein Hauptanliegen der Menschen sind Arbeitsplätze und Beschäftigung: Sozialminister Rudolf Hundstorfer betonte dazu, dass durch die Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete sowie Verbesserungen bei der Kurzarbeit 97.000 Jobs abgesichert wurden. „Österreich hat den geringsten Anstieg der Arbeitslosenquote innerhalb der EU. Dies war nur durch die zeitgerechten und richtigen Maßnahmen möglich, die die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung gesetzt hat“, so Hundstorfer. Der Kampf gegen die



Finanzstaatssekretär Schieder, Bundeskanzler Faymann und Sozialminister Hundstorfer: Volles Engagement für Beschäftigung – Schach der Finanz-Spekulation.

Arbeitslosigkeit bleibt weiterhin ganz oben auf der Prioritätenliste der SPÖ. Um arbeitslose Menschen besser zu qualifizieren und Österreich fit für die Zeit nach der Krise zu machen, setzt die Regierung auf Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Keine neuen Massensteuern

Eine Einführung oder Erhöhung von Massensteuern kommt für die SPÖ nicht in Frage. Das bekräftigten Bundeskanzler Werner Faymann und Finanzstaatssekretär Andreas Schieder in einer gemeinsamen Pressekonferenz. Der Finanzstaatssekretär betonte, dass Massensteuern wirtschaftspolitisch wenig Fantasie haben und auch verteilungspolitisch nicht gerecht sind. Schieder unterstrich, dass es darum gehe, Finanzspekulationen engagiert zu bekämpfen. Und auch beim Sparen im Zuge der Verwaltungsreform sei die „SPÖ der Motor“, verdeutlichte der Bundeskanzler, der festhielt, dass „ein schlanker Staat das Gebot der Stunde ist“. Die SPÖ geführte Regierung werde bezüglich der Verwaltung „vorbildlich vorgehen“, so Faymann. ♦

KINDER

Kinderrechte sind Menschenrechte!

Der diesjährige Tag des Kindes am 13. September 2009 stand unter dem Motto „Kinderrechte in die Verfassung“.

Die Kinderfreunde feierten am 13. September den „Welttag des Kindes“ im Auer-Welsbach-Park in Wien. Bundeskanzler Werner Faymann, selbst zweifacher Vater, und SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas statteten dem Fest einen Besuch ab und hatten sichtlich Freude daran, mit den Kindern zu feiern.

Kinderrechte in die Verfassung

Anlässlich des Tags des Kindes wurde aber nicht nur gefeiert, sondern auch ein Vorstoß zum Kinderschutz unternommen. Die SPÖ stellte klar, dass es höchste Zeit dafür sei, Kinderrechte, angelehnt an die UN-Kinderrechtskonvention, in Verfassungsrang zu heben und legte einen entsprechenden Gesetzesentwurf vor. Darin sind elementare Rechte wie die Beteiligung von Kindern an Entscheidungen und das Wohl des Kindes, besonders auch der Schutz vor Kinderarbeit, zusammengefasst.

Mitspracherecht für Kinder

Frauenministerin und SPÖ-Frauenvorsitzende Gabriele Heinisch-Hosek unterstützt diese Forderung. Als ehemalige Kin-



Bundeskanzler Werner Faymann am „Welttag des Kindes“.

der- und Jugendsprecherin war ihr der Schutz der Kinder immer ein besonderes Anliegen.

Angela Lueger, SPÖ-Kindersprecherin, dazu: „Kinder sollen, dem Alter entsprechend, als gleichberechtigte Partner in Familie und Gesellschaft ihr Leben aktiv mitgestalten können, sie sind die zukünftigen

EntscheidungssträgerInnen.“ Sie ist überzeugt, dass die Zusammenarbeit mit der ÖVP und den Oppositionsparteien positiv verlaufen wird, da bereits von vielen Seiten Zustimmung komme. Kinderrechte in der Verfassung zu verankern bedeutet auch, die Position der Kinder in unserer Gesellschaft zu stärken. ♦

SOZIALPARTNER

AK: Tumpel wiedergewählt

Der Sozialdemokrat Herbert Tumpel wurde als Präsident der Bundesarbeitskammer eindrucksvoll bestätigt.

Die in Wien tagende Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer (BAK) hat Herbert Tumpel als Präsident bestätigt. Damit wurde er zum dritten Mal in geheimer Wahl von den 65 anwesenden Delegierten zum Präsidenten der Bundesarbeiterkammer gewählt. Er erhielt die große Mehrheit von 84,4 Prozent. ÖGB-Präsident Erich Foglar und SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas wünschten dem neuen Präsidenten viel Erfolg für seine kommende Legislaturperiode. Rudas betonte, dass Tumpel

„genau der Richtige für diesen Job ist. Sozialdemokratie und Sozialpartner müssen weiterhin geschlossen, Seite an Seite, für die Rechte der ArbeitnehmerInnen in Österreich kämpfen“.

Tumpel ist der achte Präsident der BAK seit 1945. Der Absolvent einer HTL für Textilindustrie und studierte Nationalökonom startete seine berufliche Laufbahn 1973 als Mitarbeiter im volkswirtschaftlichen Referat des ÖGB, dessen Leiter er von 1983 bis 1987 war. 1987 wurde Tumpel leitender Sekretär des ÖGB und war seit 1979 Kam-



Zum dritten Mal als AK-Präsident bestätigt: Herbert Tumpel.

merrat in der AK Wien. 1997 wurde Tumpel erstmals zum Präsidenten der Wiener Arbeiterkammer und der Bundesarbeitskammer gewählt. ♦

SPÖ FRAUEN

Hundert Jahre und kein bisschen leise

Seit mittlerweile 100 Jahren kämpfen Sozialdemokratinnen für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Dank ihres unermüdlichen Einsatzes konnten große Erfolge für die Frauen in Österreich errungen werden.



SPÖ-Bundesfrauen-
vorsitzende und
Frauenministerin
Gabriele Heinisch-Hosek:

*„Der Kampf für die Rechte
von Frauen und für
Gleichberechtigung
bedeutet den täglichen
Kampf gegen Reaktion und
Rückschrittlichkeit“*



1919 – Frauen erhalten das Wahlrecht

Nach jahrelangem Ringen und Widerständen zum Trotz, konnten die Frauen 1919 einen großen Sieg für die Gleichberechtigung erringen: Endlich erhielten Frauen das Wahlrecht. Schon vor fast 100 Jahren kämpften sozialdemokratische Pionierinnen wie Gabriele Proft, Maria Emhart, Adelheid Popp, Therese Schlesinger und Emmy Freundlich für gerechte Entlohnung und forderten „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Von den ersten acht Frauen, die 1919 ins Parlament gewählt wurden, waren sieben Sozialdemokratinnen.

100 Jahre Kampf für Gleichstellung von Mann und Frau

In den 100 Jahren Kampf für Gleichstellung konnten die Sozialdemokratinnen große Erfolge für Frauen erringen. Endlich war es Frauen und Mädchen möglich, freien Zugang zu Bildung zu erhalten, die Fristenregelung gab Frauen das Recht auf ihren eigenen Körper zurück. Der 8-Stunden-Tag brachte enorme Entlastungen und mehr Zeit für Privatleben und Familie, durch das Gewaltschutzgesetz erhielten Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, Schutz, Hilfe und Beratung. Verbesserungen im Eherecht und die Verankerung von Gender Budgeting in der Verfassung waren weitere Siege, die die Sozialdemokratinnen für die Frauen in Österreich erringen konnten. Trotz dieser zahlreichen Verbesserungen, werden die Sozialdemokratinnen nicht müde, weiterhin stark und geschlossen für die Rechte von Frauen einzutreten.

Knie



SPÖ-Bundesfrauen-
geschäftsführerin
Andrea Mautz:

*„Forderungen wie
Lohngerechtigkeit
begleiten uns seit
unseren ganz frühen
Anfängen. Es ist
höchste Zeit, dass
die Einkommens-
unterschiede zwischen Frauen und Män-
nern der Geschichte angehören!“*

Einkommensabhängiges Kindergeld

Aktuell wurden weitere große Meilensteine erreicht: Durch den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld und den Gratiskindergarten können sich junge Frauen endlich für Kinder UND Karriere entscheiden.

Infos zur aktuellen Kampagne der SPÖ-Frauen unter www.lohngerechtigkeit.at.

HINTERGRUND

SPÖ-Frauenvorsitzende seit 45

Gabriele Proft (1945-1959)
Rosa Jochmann (1959-67)
Hertha Firnberg (1967-1981)
Jolanda Offenbeck (1981-1987)
Johanna Dohnal (1987-1995)
Helga Konrad (1995-1997)
Barbara Prammer (1997-2009)
Gabriele Heinisch-Hosek (seit 2009)

INFO

Tag der Offenen Tür

5. November 2009, 18.00 Uhr
in der Löwelstraße, 18, 1010 Wien
Mit u.a. Bundesfrauenvorsitzender
Gabriele Heinisch-Hosek und Bundes-
kanzler Werner Faymann

T-Shirts

Bestell dir dein T-Shirt mit Sprüchen von sozialdemokratischen Frauenpolitikerinnen www.frauen.spoe.at

Handbuch

Das Buch gegen Nazis

Dieses „Erste Hilfe“-Buch bietet Fakten und hilfreiche Tipps für den Umgang mit Nazis im Alltag.

„Was tun, wenn Onkel Rolf am Kaffeetisch rassistische Witze loslässt?“ Diese und ähnliche aus dem Leben gegriffenen Situationen behandelt das „Buch gegen Nazis“. In 70 Kapiteln werden die wichtigsten Fragen rund um Rechtsextremismus beantwortet.

Zusammengetragen wurden die Informationen von JournalistInnen, WissenschaftlerInnen und Betroffenen. Im ersten Teil des Buches geht es um Wissen – von Burschenschaften bis zur NPD informie-

ren die AutorInnen knapp und verständlich über aktuelle rechte Bewegungen und Fakten zum Thema Rechtsextremismus.

Im anschließenden Teil wird behandelt: Tipps zur Organisation von Demos und erprobte Ratschläge für den Umgang mit rassistischen NachbarInnen sollen helfen, aktiv zu werden. Ans Herz zu legen ist das Buch nicht nur allen, denen es in der Konfrontation mit Nazis die Sprache verspricht. ♦

Gedichtband

Iba de gaunz oamen Leit

Ein Klassiker von Christine Nöstlinger „Iba de gaunz oamen Leit“ – unbedingt lesenswert!

Jenseits der Wiener Gemütlichkeit erzählt Christine Nöstlinger, vielfach ausgezeichnete Schriftstellerin, von Schicksalen, die nachdenklich stimmen, harte Schatten werfen, aber auch oft dazu verleiten, lauthals loszulachen. Ihre Texte sind eine Würdigung der Menschen, denen es „hint und vuan ned zsamgeht“, die aber trotzdem jeden Morgen wieder aufstehen. Die Gedichtbände über die sozialen Zustände der damals sogenannten „Arbeiterschicht“ erschienen erstmals in

den 70er- und 80er-Jahren. Sie sind inzwischen Klassiker und viele der beschriebenen Figuren sind berühmt geworden. Christine Nöstlinger erzählt zum Beispiel „Vom Geiga-Gotti“, darüber, „Wos mei Voda sogd“ und über „Olle Mauna“. Sie betrachtet ihr Umfeld liebevoll, doch auch mit kritischer Distanz und Respekt. Durch die poetische Bildhaftigkeit ihrer Sprache hat sie sich in den Literaturkanon der Wiener Mundartdichtung geschrieben. ♦

Ratgeber

Die heimlichen Krankmacher

Das Schwarzbuch der Umweltgifte: Gefahren, Risiken und Auswirkungen von Elektromog und Handystrahlen.

Schwindelgefühl, Kopfschmerzen, Müdigkeit – immer mehr Menschen leiden unter diffusen Krankheitssymptomen. Viele der Ursachen sind auf Umwelteinflüsse zurückzuführen, die für unsere Sinne meist gar nicht wahrnehmbar sind. Ob Schadstoffbelastung oder Elektromog: Dieses Buch gibt Aufschluss über die Gefahren und Risiken der heimlichen Krankmacher und erklärt, wie man ihnen auf die Spur kommt und sich gegen sie schützen kann.

Fundiertes Wissen, nicht Panikmache, steht für die AutorInnen im Vordergrund. Die Informationen sind gut recherchiert und mit Quellenangaben belegt. Das Schwarzbuch bietet viele Fakten, die mit Beispielen aus dem Alltag oder aus der Geschichte aufgelockert werden. Am Ende jedes Kapitels werden nützliche Tipps gegeben, wie man die gerade abgehandelte Gefahr vermeiden oder zumindest reduzieren kann. Fazit: ein wertvoller Ratgeber für alle. ♦

☐ Stk.


Holger Kulick, Toralf Staud:
Das Buch gegen Nazis.
Verlag Kiepenheuer & Witsch,
Köln 2009;
303 Seiten, 9,20 €

☐ Stk.


Christine Nöstlinger:
Iba de gaunz oamen Leit.
Gedichte.
Residenz Verlag, St. Pölten,
Salzburg 2009;
220 Seiten, 18,50 €

☐ Stk.


Lilo Cross, Bernd Neumann:
Die heimlichen Krankmacher.
Wilhelm Heyne Verlag,
München 2009;
284 Seiten, 9,20 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



VORARLBERG

Michael Ritsch – Vorarlbergs soziale Kraft

Ziel der SPÖ-Vorarlberg für die Landtagswahl: „Wir wollen das gesamte Wählerpotential der SPÖ ausschöpfen.“

SPÖ Vorarlberg

Die soziale Triebfeder in der Vorarlberger Landespolitik, SPÖ-Vorsitzender Michael Ritsch.



„Zuerst muss den Menschen geholfen werden, ihr Leben zu finanzieren, erst dann darf man Geld für Prestigeprojekte wie ein neues Hafengebäude verwenden.“

Michael Ritsch kritisiert ÖVP-Landeshauptmann Sausgruber im ORF-Radio

Im „Ländle“, Österreichs westlichstem Bundesland, wird am 20. September ein neues Landesparlament gewählt. Die SPÖ-Vorarlberg, mit Michael Ritsch an der Spitze, bricht alte Strukturen auf und will nach 35 Jahren wieder Regierungsverantwortung übernehmen.

SPÖ positioniert sich als Vorarlbergs soziale Kraft

Für SPÖ-Landesspitzenkandidat Michael Ritsch ist eine Regierungsbeteiligung Voraussetzung, um die SPÖ-Forderungen umzusetzen. Und davon gibt es eine ganze Reihe. Denn in der Wirtschaftskrise geht es den Menschen schlechter, die Sorge um die soziale Sicherheit nimmt zu. Deshalb konzentriert sich die Vorarlberger SPÖ auf die soziale Absicherung der VorarlbergerInnen, die besonders von der Krise betroffen sind.

5 konkrete Maßnahmen für die VorarlbergerInnen

Mit fünf konkreten Maßnahmen zur Entlastung der Menschen in Vorarlberg ist Michael Ritsch und seinem Team ein treffsicheres sozialdemokratisches Programm für die Bedürfnisse der VorarlbergerInnen gelungen. Als Gegenmaßnahme zur Wirtschaftskrise und zur Ankurbelung der Vorarlberger Wirtschaft sollen 30 Millionen Euro in Form von „Geld-zurück“-Einkaufsgutscheinen an die Steuerzahlenden be-

„2008 bekam Vorarlberg vom Bund 30 Mio. mehr an Steuereinnahmen als budgetiert. Ich sehe nicht ein, dass man sie wieder für Klientelprojekte der ÖVP ausgibt. Jeder Bürger soll was davon haben.“

SPÖ-Vorsitzender Michael Ritsch

zahlt werden. Weiters im Maßnahmenpaket enthalten: Gezielte Nachhilfe an den Schulen, um Familien zu entlasten, erschwingliche Wohnungen für junge Menschen, Gratiskindergarten für alle Kinder von 0 bis 6 Jahren und 100 neue Lehrstellen für Jugendliche.

„Vorarlberg ist viel zu bunt, um nur schwarz zu sein“.

Ritsch sieht Potenzial für die Sozialdemokratie in Vorarlberg

Ritsch klarer Sieger im TV-Duell

Bei der Fernsehdiskussion der Spitzenkandidaten zeigte Ritsch, dass er sich bedingungslos für alle VorarlbergerInnen einsetzt. Für SPÖ-Landesgeschäftsführer Franz Lutz ist klar, dass Michael Ritsch in der TV-Diskussion der Spitzenkandidaten als klarer Sieger hervorgegangen ist. „Michael Ritsch konnte die wichtigsten Anliegen der Menschen in Vorarlberg thematisieren. Sowohl der bedingungslose Einsatz für die in Vorarlberg lebenden Menschen, als auch seine stark ausgeprägte soziale Ader haben gezeigt, dass die SPÖ die soziale Kraft in Vorarlberg ist“, so Lutz.

Das Ziel: Mehr soziale Gerechtigkeit im Land

Zahlreiche Wahlprognosen der letzten Wochen haben immer wieder andere Konstellationen für den künftigen Landtag präsentiert. Doch, ganz egal, wie die Wahlumfragen der verschiedenen Institute lauten – die SPÖ Vorarlberg kämpft um Platz zwei und um mehr soziale Gerechtigkeit. Denn mit jeder weiteren Stimme wächst die soziale Kraft im Land und schafft dadurch mehr soziale Gerechtigkeit. ♦

Organisatorische Bilanz des Wahlkampfes

Von der SPÖ wurden bisher rund 80.000 Haushalte besucht, 632 Einzeltermine wahrgenommen, auf 37 Stand- und Verteilaktionen über die Inhalte der SPÖ informiert, an 24 Diskussions- und Informationsveranstaltungen teilgenommen, ca. 8.000 Personen auf der Dornbirner Messe persönlich kontaktiert sowie ein Kanzlerbesuch und MinisterInnenbesuche organisiert.

OBERÖSTERREICH

Haider will Landeshauptmann werden



Erich Haider und sein SPÖ-Team haben schon viel für die Menschen erreicht.



In Oberösterreich wird am 27. September auf Landes- und Gemeindeebene gewählt.

„An allererster Stelle steht für mich Arbeit für die Menschen“, betont SPÖ-Spitzenkandidat und stv. Landeshauptmann Erich Haider im Wahlkampf unermüdlich. Die SPÖ kämpft in Oberösterreich um jeden Arbeitsplatz und hat

durchgesetzt, dass Unternehmen, für die das Land eine Haftung übernimmt, keine Beschäftigten kündigen dürfen und dass es in diesen Betrieben keinen Manager-Bonus und keine Dividendenaus-schüttung an Aktionäre gibt.

Haider packt die heißen Themen der Zeit an

SPÖ-Spitzenkandidat Erich Haider, der sein Wahlziel klar definiert: „Stimmenstärkste Partei werden und den Landeshauptmann stellen“, setzt im Wahlkampf auf persönliche Kontakte. Daher setzt die SPÖ in Oberösterreich voll auf den direkten Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern. Dabei zeigten sich klar die thematischen Schwerpunkte, die die Menschen beschäftigen. Die SPÖ widmet sich den Problemen der Menschen und erarbeitet ganz konkrete Lösungen. Im Positiv-Wahlkampf können Haider und die SPÖ-OÖ auf eine großartige Erfolgs-

bilanz verweisen. Neben der Landes-Haftung für Leitbetriebe ist das u.a. auch der Gratis-Kindergarten. Außerdem wurden Wasser und Energie mit einer großen Unterschriften-Aktion vor einem Börsengang bewahrt. ♦

DIE FAKTEN

Landtagswahl Oberösterreich

Termin: 27 September

Spitzenkandidat: **Erich Haider**

In Oberösterreich ist erstmals Wählen ab 16 möglich, sowie die Stimmabgabe per Briefwahl – wobei die Briefwahl-Stimmen schon am Wahlsonntag (um 16.00 Uhr) eingelangt sein müssen. In Summe sind 1,086 Mio. Personen wahlberechtigt. Beim Urnengang auf Gemeindeebene kommen noch 29.401 EU-Bürger dazu. Insgesamt stehen den OberösterreicherInnen an die 1.800 Wahllokale zur Verfügung.

Wahlprogramm der SPÖ-Oberösterreich unter: www.ooe.spoe.at

SPÖ-FRAUEN

Fristenregelung



Die SPÖ-Frauen machen für die Fristenregelung mobil.

„Wir brauchen die Fristenregelung nicht zu verteidigen, die kann uns niemand mehr wegnehmen“, betonte die frühere Frauenministerin Johanna



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und die Wiener Stadträtin Sonja Wehsely.

SPÖ Frauen

Dohnal bei der Protestkundgebung der SP-Frauen gegen radikale AbtreibungsgegnerInnen. Die Sozialdemokratinnen bekräftigten das Recht der Frauen auf ihren eigenen Körper und forderten u.a. die Errichtung von Schutzzonen. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek trat energisch für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen ein: „Es kann nicht angehen, dass radikale Gruppen Druck auf Frauen ausüben und Ambulatorien mit Konzentrationslagern vergleichen.“ ♦

WIEN

Sommerrodel-WM



Ein besonderes Charity-Event, die erste Wiener Sommerrodel-Meisterschaft, begeisterte am 11. September die Prominenz.

Rund 200 geladene Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ließen sich die von den Naturfreunden Jugend Wien initiierte erste Sommerrodel Wien-Meisterschaft nicht entgehen. Darunter auch SPÖ-Bundes-



Das Siegerteam „Voithofer's Pasta Manufaktur“

Naturfreunde

geschäftsführerin Laura Rudas, Sportminister Norbert Darabos, Jugendstadtrat Christian Oxonitsch und Verkehrstadtrat Rudi Schicker. Das Siegerteam „Voithofer's Pasta Manufaktur“ freut sich über das Preisgeld von 3000 Euro, die dem Umweltprojekt „Insektenhotel Alte Donau“ zur Verfügung gestellt werden. ♦



100 Jahre für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen und Chancengleichheit

Die Frauen-Organisation der Sozialdemokratie feiert ihr 100-jähriges Bestehen – es sind zugleich hundert Jahre, in denen für gleiche Chancen und das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper und ihr Leben gekämpft wurde.



Die volle gesellschaftliche, berufliche und familiäre Gleichstellung der Frauen war immer das Ziel.

Am Parteitag der Sozialdemokratinnen in Reichenberg, der von 19. bis 24. September 1909 stattfand, wurde die Frauenorganisation der Sozialdemokratie festgeschrieben. Viel hat sich seither für die Frauen verbessert – federführend waren es die SPÖ-Frauen, die sich eingesetzt haben, um Frauen gerechtere Lebensancen zu ermöglichen. Die Frage der ungewollten Schwangerschaft ist ein Anliegen, das die Frauenorganisation seit Beginn beschäftigt. Schon bei den sozialdemokratischen Frauenkonferenzen der Jahre 1919 und 1920 wurde die Forderung nach straffreier Abtreibung bis zum dritten Schwangerschaftsmonat vorgebracht und 1920 von Adelheid Popp ein entsprechender Antrag in den Nationalrat eingebracht.

„Die Frage der ungewollten Schwangerschaft ist ein Anliegen, das die Frauenorganisation seit Beginn beschäftigt.“

In den letzten Wochen ist die Fristenregelung wieder einmal vonseiten der katholischen Kirche, rechtskonservativer Gruppierungen und Teilen der ÖVP infrage gestellt worden – in Form der Forderung nach zusätzlichen Hürden, wie verpflichtender Beratung oder Bedenkzeit.

Tatsache ist, dass zu allen Zeiten Frauen Mittel und Wege fanden, eine ungewollte Schwangerschaft zu beenden. Und: Es wa-

ren vor allem Frauen aus den weniger begüterten Schichten, die bei einem unsachgemäßen Abbruch Gesundheit und Leben riskierten und allzu oft auch verloren. Und sie waren es auch, die vor Gericht kamen und bestraft wurden. Vermögende Frauen konnten es sich in der Regel „richten“. Diese Erkenntnisse führten vor drei Jahrzehnten – nach jahrzehntelangem Ringen – zur Fristenregelung. Heute gilt es, dieses Recht der Frauen auf Selbstbestimmung weiterzuentwickeln – durch Schutzzonen vor Kliniken etwa, um Frauen vor dem Psychoterror von radikalen Abtreibungsgegnern zu schützen, aber auch mit der Möglichkeit, in allen Landeskliniken eine Abtreibung im Rahmen der Fristenregelung durchführen zu lassen.

Ein weiterer wesentlicher Bereich, für den es damals wie heute zu kämpfen galt und gilt, ist natürlich die familiäre und berufliche Gleichstellung der Frauen. Die rechtliche Gleichstellung ist weitgehend gelungen. Aber solange den Frauen gleichsam automatisch die Erziehungs- und Versorgungsverantwortung zugewiesen wird und den Männern nicht oder nicht im gleichen Maß, wird dies nicht erreicht sein. Der Gratiskindergarten, der Ausbau von ganztägigen Schulformen, aber natürlich auch das einkommensabhängige Karenzgeld sind aktuelle Meilensteine, errungen von den SPÖ-Frauen auf einem Weg, der mit Forderungen wie Frauenwahlrecht, Achtstundentag, Verbesserung der Gesetze für Heimarbeiterinnen und Hausgehilfinnen etc. begonnen hat – und noch lange nicht zu Ende ist. ♦

Johanna Dohnal wurde 1979 Staatssekretärin für Frauenangelegenheiten und 1990 erste Frauenministerin Österreichs.

TERMINKALENDER

Montag, 21. 9.

Podiumsdiskussion „Tschechien vor den Wahlen“

Zu den Neuwahlen im Nachbarland Tschechien findet am 21. 9. im Presseclub Concordia eine Diskussionsveranstaltung statt, die u.a. vom Renner-Institut organisiert wird. Am Podium diskutieren Gerald Schubert, Chefredakteur von Radio Prag, und Robert Schuster, Chefredakteur von International Politics und vom Institut für Internationale Beziehungen in Prag. Moderieren wird Brigitte Stackl-Fuchs vom ORF-Hörfunk. Information & Anmeldung: Institut für den Donauraum und Mitteleuropa – IDM, Tel. 01 – 319 72 58, idm@idm.at

Beginn 10.00 Uhr

Presseclub Concordia

Bankgasse 8.
1010 Wien

Podiumsdiskussion „Menschenrechte und Umweltschutz“

35 Mrd. gibt die öffentliche Hand in Österreich jährlich für Güter und Dienstleistungen aus. Werden beim Einkauf soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt, kann damit direkt ein Beitrag zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen und zum Erhalt der Umwelt geleistet, gleichzeitig eine Vorbildwirkung ausgeübt und öffentliches Bewusstsein geschaffen werden. Darüber diskutieren Sophie Vessel (Food First Informations- und Aktionsnetzwerk), Nora Holzmann (Südwind-Agentur), Florian Schönthal-Guttmann (Vergabeexperte für öffentliche Beschaffung), Johann Klar (Stadt Wien, MA 54) und Susanne Reichard (Bezirksvorsteherin, 1040 Wien) im Albert-Schweitzer-Haus.

Information: Martin Janata,
Tel 01/804 65 01-13
Anmeldung: IUFE, Florian Huber
T 01-814 20 25 oder f.huber@iufe.at
Beginn 18.30 Uhr

Albert-Schweitzer-Haus
Schwarzspanierstraße 13,
1090 Wien

Donnerstag, 24. 9.

„What to eat?“

Ernährung, Politik, Gesundheit. Ein kompliziertes Geflecht und seine Lösung. Das Bruno Kreisky Forum lädt gemeinsam mit der US-Botschaft und der Zeitung „Der Standard“ zu einem hochkarätigen Vortrag von Marion Nestle, Autorin und Paulette Goddard, Professorin für Ernährungswissenschaften und öffentliche Gesundheit der New York University. Moderieren wird Michael Freund vom Standard. Der Vortrag wird in englisch gehalten.

Information:
Bruno Kreisky Forum, Tel. 01/318 82 60-20,
Anmeldung:
einladung.kreiskyforum@kreisky.org
Beginn: 19.00 Uhr
Bruno Kreisky Forum
für internationalen Dialog
Armbrustergasse 15,
1190 Wien

Offene Enquete „Sozialdemokratische Antworten auf die Krise“

Die offene Enquete des SPÖ-Parlamentsklubs steht ganz im Zeichen der Wirtschaftskrise. Staatssekretär Andreas Schieder und SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph

Matznetter halten Referate zu den Themen „Sozialdemokratische Leitlinien für den österreichischen Finanzmarkt“ und „Realwirtschaftliche Maßnahmen gegen die Krise“. Im Anschluss finden hochkarätig besetzte Diskussionen statt. TeilnehmerInnen sind unter anderen: Helmut Ettl (Finanzmarktaufsicht), Karin Küblböck (österreich. Forschungsförderung für Internationale Entwicklung), Ewald Nowotny (ÖNB-Gouverneur), Sonja Schneeweiss (BSA-Europasprecherin), Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister, Agnes Streissler (Wirtschaftspolitische Projektberatung).

Anmeldung: Anna Kubesch,
SPÖ-Klub, Parlament Tel. 01-40 110 39 40 oder anna.kubesch@spoe.at
Bitte beachten: Als Zutrittsberechtigung für das Parlament wird ein amtlicher Lichtbildausweis verlangt!

Beginn: 9.00 Uhr

Parlament, Lokal VI

Dr. Karl-Renner-Ring 3,
1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Boris Ginner, Mag^a. Birgit Jung, Martin Oppenauer, Susanne Vockenhuber, Markus Wagner, Fabian Max Wallner
Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto: Zinner, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka,
Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH,
1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: Leykam-Druck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

Sozialdemokratische Musik - Linke Lieder

Die Lieder der Arbeiterbewegung haben eine lange Tradition, die bis in die Französische Revolution und sogar in die Zeit der Bauernkriege zurückreicht. Diese gesungene Geschichte ist international und vielfältig. Werden nicht wenige österreichische und deutsche Arbeiterlieder mit Schwermut und Pathos vorgetragen, sind etwa die italienischen Canzone schwungvoller und fröhlicher. Vielfach halfen sie den Arbeitern,

ihren schweren und leidvollen Kampf zu ertragen und das Lied als Form der Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen überstand jede Zensur. Wir präsentieren auf www.spoe.at/musik eine kleine Auswahl an Musikvideos und MP3s – viel Spaß beim Hören!

Wenn Sie uns musikalisches Material zusenden wollen, erreichen Sie uns über die Email Adresse sk-sekretariat@spoe.at. ♦

www.termine.spoe.at



MAGAZIN DES JAHRES 2008

JOURNALIST DES JAHRES 2008

Erhoben von „Der Journalist“ unter allen Printredaktionen.

abo service: 01/95 55-100

Ein guter Tag beginnt mit einer guten Homepage.

REINHARD TODT (SPÖ)

Bundesrat, 23. 6. 2003

Wie viel

profil

hat Ihre
Meinung?

Wie viel Online hat Ihre Meinung? **profil online.** Jetzt gebloggt.
www.profil.at